

Merkels neuer Kurs in der Asienpolitik

Kanzlerin und CDU suchen die Nähe zu Indien und rücken zugleich von China ab

Sven Hansen

Unmittelbar vor ihrer ersten Indien-Reise als Bundeskanzlerin hat Angela Merkel auf einem Asienkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen politischen Spagat zwischen den asiatischen Riesen Indien und China gewagt. „Indien als Demokratie hat eine sehr gute Perspektive. Wir als Europäer haben alle Chancen dort. Wir müssen uns nur engagieren“, sagte Merkel vor 600 Teilnehmern beim ersten Asienkongress der Unionsparteien am 26. Oktober in Berlin. Gleichzeitig lobte die Kanzlerin die Regierung in Peking: „Ohne Chinas Engagement wäre die Eindämmung des nordkoreanischen Atomprogramms nicht möglich gewesen. Das hatten wir so nicht erwartet.“ Merkels neuer Kurs wird von einem Asien-Strategiepapier der Unionsfraktion gestützt.

Merkels Spagat soll offenbar ihren asienpolitischen Kurswechsel verschleiern und verhindern, dass China dadurch erneut verärgert wird. Denn die Kanzlerin hatte Chinas Regierung schon bei ihrem letzten Besuch in Peking mit Menschenrechtskritik verärgert. Ihr Treffen mit dem tibetischen Dalai Lama im Kanzleramt nur wenige Wochen später führte sogar zur chinesischen Absage vereinbarter Gesprächsrunden im Rahmen des bilateralen Rechtsstaatsdialogs.

In dem 20-Seiten Asien-Strategiepapier der Unionsfraktion mit dem Titel „Asien als strategische Herausforderung und Chance für Deutschland und Europa“ wird eine selbstbewusste deutsche und europäische Asienpolitik gefordert. Die müsse sich stärker auf westliche Werte berufen und den Schulterschluss mit den demokratischen Staaten in Asien sowie der Sicherheitspolitik der USA in der Region suchen. Ziel sei, „dazu beizutragen, dass der Aufstieg Chinas und anderer Mächte in Asien nicht zu einer Destabilisierung dieses Kontinents führt“.

Der außenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Eckart von Klaeden, unter dessen Namen das Papier erarbeitet wurde, sagte bei dessen Vorstellung im Rahmen des Kongresses „Deutschland, Europa und Asien – Eine gemeinsame Zukunft gestalten“: „Unsere Asienpolitik ist in den letzten Jahren zu wirtschaftskonzentriert und zu chinakonzentriert gewesen.“ Deshalb müsse sie um einen stärkeren Fokus auf Indien, Japan, Südkorea und die ASEAN-Staaten ergänzt werden. Es gehe darum, den Wettbewerb mit China aufzunehmen, das dem Westen „in zunehmendem Maße die Systemfrage“ stelle. Denn Chinas Modell sei für eine Reihe von Entwicklungsländern attraktiv und mindere so die Attraktivität des westlich-liberalen Modells.

Asiens Aufstieg soll nicht Deutschlands Abstieg sein

Der weltwirtschaftliche Aufstieg und die zunehmende Integration Asiens werden in dem Papier als Ursache für „tektonische Veränderungen“ und „die epochale Entwicklung unserer Zeit“ gewertet. Begründet wird

dies mit drastischen Zahlen: „Seit 1980 ist die chinesische Volkswirtschaft um 878 Prozent gewachsen, die indische um 319 – die der USA im Vergleich dazu um 124 Prozent und die deutsche um bescheidene 58 Prozent.“

Die wirtschaftlichen Entwicklungen, von denen starker Anpassungsdruck auf Deutschland ausgehe, hätten große politische, geopolitische und sicherheitsrelevante Auswirkungen. Asien sei inzwischen „ein Wettbewerber auf Augenhöhe“. Das Ziel müsse sein, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber der Region zu stärken, „damit Asiens Aufstieg nicht unseren Abstieg bedeutet“.

Als Antwort wird vorgeschlagen, die traditionelle deutsche Außenpolitik mit ihrem transatlantischen und europäischen Pfeiler um „eine euro-asiatische Dimension“ zu ergänzen. Dies verlange eine „grundsätzliche Neuorientierung Europas“ und bedeute für Deutschland, „Asien und insbesondere die asiatischen Aufsteiger“ in seine Außen-, Außen-

wirtschafts-, Entwicklungs-, Sicherheits- aber auch Bildungspolitik mit einzubeziehen.

Die deutsche Wirtschaft und deutsche „Institutionen – Universitäten, Arbeitsmärkte und die Unternehmen selbst“ – müssten fit gemacht werden für die asiatische Herausforderung, sprich: die Steigerung der globalen Konkurrenzfähigkeit zur Verteidigung des deutschen und europäischen Einflusses. Dazu bedürfe es neben einer intensiveren technologischen Partnerschaft mit den USA und Japan auch der Stärkung der eigenen Asienkompetenz: „Der Trend, asienbezogene Institute an unseren Universitäten zu reduzieren oder zu schließen, muss gestoppt und umgekehrt werden.“

Im Unterschied zu regierungsamtlichen deutschen Asien-Strategiepapieren früherer Jahre wird die Notwendigkeit asiatischer Investitionen in Deutschland betont wie auch das Interesse an mehr asiatischen Reisenden für die deutsche Tourismuswirtschaft. Der angestrebte stärkere eigene Werteexport solle durch den Ausbau der Goethe-Institute in der Region und der deutschen Auslandsschulen sowie Kooperationen im Hochschulbereich erreicht werden, ganz abgesehen vom „Eintreten für unsere Werte und Überzeugungen“ und der „selbstbewussten Wahrnehmung unserer Interessen“. Dies schließt die Notwendigkeit mit ein, „politische und gegebenenfalls sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen“.

Asiatische Zivilgesellschaften werden nicht ernst genommen

Eine schlüssige Strategie bietet das Unionspapier allerdings nicht. Es arbeitet sich vor allem an China und Indien ab. Japan spielt noch eine halbwegs prominente Rolle, viele andere Staaten werden völlig ausgeblendet. Mit der Betonung der wachsenden Rolle Indiens, mit der geänderten

Wahrnehmung Chinas wie der Betonung von Bildung und Wissenschaft reflektiert das Papier dabei auch den deutschen Zeitgeist. Die Entwicklungen der Volksrepublik sind heute in der deutschen Öffentlichkeit viel stärker von Ängsten und einem wachsenden Imageproblem Chinas begleitet als noch vor wenigen Jahren. Eine Abkehr von der kritiklosen China-Politik von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröders ist somit *en vogue*, macht aber noch keine neue Strategie. Trotzdem dürfte der Kurswechsel die chinesischen Befürchtungen vor einer US-geführten Eindämmungs- und Einkreisungspolitik weiter stärken.

Leider verharnt die jetzt eingeforderte Werteorientierung einer neuen Asienpolitik erschreckend kurzfristig auf der Ebene von Regierungen. Asiatische Zivilgesellschaften werden offenbar nicht ernst genommen, zumindest kommen sie außer als potentielle Zielgruppen für auszubauende Goethe-Institute und Kooperationen von Universitäten nicht vor. Dabei sind es gerade asiatische soziale Bewegungen, die sich aktiv für Menschenrechte, Demokratisierung und nachhaltigen Umweltschutz einsetzen. Doch das interessiert in dem Papier so wenig wie völlig unklar bleibt, wie ein künftiger deutscher Beitrag zu diesen wichtigen Politikfeldern jenseits von Lippenbekenntnissen aussehen soll. Erschreckend ist ohnehin, wie wenig das Papier zum Thema Ökologie zu sagen hat. Hier erwirkt die Unionsfraktion mit den wenigen dürftigen Äußerungen zum Thema den Eindruck, als sei sie noch lange nicht auf der Höhe der Zeit.

Nebulös bleibt es auch bei der Frage, wie die eingeforderte künftige europäische Asienpolitik formuliert und umgesetzt werden soll. Zwar bekennt sich das Papier immer wieder zur europäischen Dimension der deutschen Außenpolitik. Schließlich könne diese nur im Verbund mit den anderen europäischen Staaten Einfluss und

Erfolg in der Region haben. Doch mehr als Lippenbekenntnisse gibt es hier nicht. Im Unterschied zum Unionspapier und zur Praxis der US-Außenpolitik in Asien sagte Merkel bei dem Kongress erfreulich klar: „Wir sollten nicht versuchen, die Länder Asiens gegeneinander auszuspielen.“ Damit erteilt sie einer von Washington gern praktizierten Politik, Indien und Japan gegen China auszuspielen, zumindest rhetorisch eine erfreulich deutliche Absage.

Auch verteidigte Merkel die fortgesetzte und ohnehin inzwischen stark reduzierte deutsche Entwicklungshilfe für China als im Interesse Deutschlands. Der außenpolitische Sprecher von Klaeden hatte populistisch das baldige Ende deutscher Hilfen an China gefordert, ohne sich mit denen inhaltlich überhaupt auseinanderzusetzen. Doch umgekehrt hinterfragte Merkel bei dem Kongress plötzlich die deutsche Entwicklungshilfe für Indien. Derweil ließ der entwicklungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Ruck, erklären, ein Rückzug aus der Entwicklungszusammenarbeit mit China und anderen Schwellenländern „wäre ein schwerer strategischer Fehler“. Der neue Kurs in Asien scheint in der Union selbst noch nicht sehr durchdacht zu sein. Eine kohärente Strategie sieht zumindest anders aus.